

Spätes Signal



Hans-Ulrich Brandt
über das Auschwitz-Urteil

Für Gerechtigkeit ist es nie zu spät – die Reaktionen auf das Urteil des Bundesgerichtshofs belegen das. Sowohl die als Nebenkläger in diesem Prozess aufgetretenen Überlebenden des KZ- und Vernichtungslagers Auschwitz als auch der Chefaufklärer für NS-Verbrechen, Jens Rommel, sprechen von „großer Erleichterung“ und einem Urteil, das „Rechtsgeschichte geschrieben hat“.

Und in der Tat ist diese Entscheidung ein juristischer Meilenstein. Es revidiert die bisherige deutsche Rechtsprechung zu NS-Straftaten, weil jetzt endlich die Tatsache für eine Verurteilung ausreicht, Teil des perfiden NS-Vernichtungssystems gewesen zu sein, ohne selbst direkt einzelne Taten begangen zu haben. Es setzt außerdem ein klares Zeichen, dass alle, die in Auschwitz und anderswo mitgemacht haben, für diese unbeschreiblichen Verbrechen auch mitverantwortlich und mitschuldig sind.

Ja, dieses Urteil kommt spät. Die meisten NS-Täter sind im juristischen Sinne, nicht im ethisch-moralischen, davongekommen. Für die noch lebenden Opfer und ihre Nachkommen besteht nun aber die Chance, wieder Vertrauen zu fassen in die deutsche Justiz. Und für künftige Völkermordprozesse sollte es ein Signal sein. Bericht Seite 4

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos

Neuer Reichtum



Peter Mlodoch
über den niedersächsischen Haushalt

Die Steuern sprudeln, die Schuldzinsen sinken ins Nichts. Niedersachsen schwimmt derzeit in Geld. Doch das macht das Agieren für die Verantwortlichen nicht leichter. Im Gegenteil: Der neue Reichtum weckt Begehrlichkeiten. Während der SPD-Finanzminister Peter-Jürgen Schneider sein Herz für eine frühzeitige schwarze Null schon im nächsten Jahr entdeckt hat, wollten die Grünen die Gunst der Stunde nutzen, um sich ein Jahr vor der Landtagswahl mit diversen Projekten zu profilieren. Schneider und seine Genossen hatten alle Mühe, den Eifer des kleinen Koalitionspartners zu bremsen.

Mit den Ergebnissen der Haushaltsbeschlüsse können die Grünen dennoch zufrieden sein. Radwege oder psychosoziale Hilfe für Flüchtlinge – solche Posten tragen ihre Handschrift. Auch die SPD darf sich freuen. Sie kann ihr neues Bild als Partei der inneren Sicherheit mit zusätzlichen Stellen bei der Polizei und finanziellen Wohltaten für die Vollzugskräfte kräftig untermauern. Die Kritik von CDU und FDP an dem rot-grünen Füllhorn wirkt da wie vom Neid geprägt. Und heuchlerisch. Als Schwarz-Gelb am Ruder war, lief es genauso. Berichte Seiten 1/14

hannover@weser-kurier.de

Der Ernst der Lage und das große Schweigen



Silke Hellwig
über Bremens Krise

Unter einer Staatskrise versteht man eine ernst zu nehmende politische Misere, durch die die Substanz eines staatlichen Gebildes ausgehöhlt wird. Dem Land Bremen ist zu attestieren, dass es nicht weit davon entfernt ist. Zu dick aufgetragen? Vielleicht, ein bisschen, weil passende Vokabeln fehlen für den Zustand, in dem sich Bremen derzeit befindet. Jahrelang war von Stillstand die Rede, von Mehltau, der sich über das Land gelegt habe. Davon kann keine Rede mehr sein – Bremen befindet sich (schlimmstenfalls inzwischen, bestenfalls momentan) in einer Abwärtsspirale.

Die Liste der Probleme verlängert sich von Woche zu Woche, aus Platzgründen können sie hier nur in Auszügen benannt werden: Bremens Schüler bekommen nicht die schulische Ausbildung, die ihnen zusteht. Bremens Bürger bekommen nicht den Service, den sie erwarten dürfen. Die Einzelhändler bekommen nicht die Unterstützung, die sie brauchen. Die Polizei muss zusehen, wie sich Dealer breitmachen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat den Bremern wegen ihres maroden Haushalts die Pistole auf die Brust gesetzt. Stadtquartiere verarmen. Wozu braucht Bremen eine rot-grüne Regierung, wenn sie nicht einmal ansatzweise in der Lage ist, ihr Versprechen von sozialer Gerechtigkeit einzulösen? Der momentane Zustand des bremischen Bildungssystems manifestiert soziale Ungerechtigkeit. Bremer, deren Kinder gymnasiale Klassen oder Privatschulen besuchen, können doch

auf jedes Pisa-Ergebnis pfeifen. Die Pisa-Noten nach unten korrigieren Mädchen und Jungen, die den größten staatlichen Schubs bräuchten, um sich nicht in der gleichen Situation wie ihre Eltern wiederzufinden. Bremen produziert Dynastien ungebildeter Armer, klagt aber über die unverhältnismäßig hohen Sozialausgaben des Stadtstaats. Das ist schon beinahe zynisch.

Ein Symptom für das ganze Ausmaß der Krise ist der politische und gesellschaftliche Zerfall: Ressorts kämpfen um die knappen Ressourcen, jeder Senator ist sich selbst der Nächste. Die Bildungssenatorin fordert öffentlichkeitswirksam mehr Geld, um später die

In Bremen ist nicht mehr viel Licht zum Unter-den-Scheffel-stellen.

Verantwortung von sich weisen zu können. Der Innensenator schiebt Aufgaben, die das Stadttam im Interesse der Bürger übernommen hatte, wieder in anderen Ressorts zurück. Jedes Regierungsmitglied scheint darauf zu hoffen, dass der nächste Skandal in einem anderen Ressort beheimatet ist und von den eigenen Problemen ablenkt. Bürgermeister Carsten Sieling mag sich darauf zurückziehen, dass er keine Richtlinienkompetenz hat und damit nicht der starke Maxe im Senat sein kann. Eine schöne Entschuldigung, die nichts daran ändert, dass die Bremer SPD niemanden zum Bürgermeister macht, der eine Richtlinienkompetenz nutzte, so er sie denn hätte. Nicht etwa, weil das für Bremen besser wäre, sondern aus Prinzip.

Eben das begünstigt die gesellschaftliche Erosion. Bremens Wirtschaftselite, die sich im Grunde seit jeher von den Sozialdemokraten vernachlässigt fühlt (außer in der Zeit der großen Koalition), wendet sich zunehmend vom politischen Diskurs ab, in stiller Resignation. Schon immer leidet diese Klientel unter einem bremischen Minderwertigkeitskomplex. Sie plädiert seit Jahrzehnten dafür, dass das Land sein Licht nicht in falscher Bescheidenheit unter den Scheffel stellen möge. Inzwischen ist da nur nicht mehr viel Licht zum Unterstellen. Nicht einmal mit Werder, ansonsten neben Marktplatz und Stadtmusikanten die letzte Rettung für ein angeknackstes Selbstbewusstsein, können Bremer derzeit glänzen. Dafür kann der Senat nichts, deshalb ist die Krise des Fußballbundesligisten wohl am ehesten zu überwinden.

Das Abwenden des bürgerlichen Milieus von einer Art ungeschriebenen Gesellschaftsvertrag ist eine Katastrophe: Bremens Mäzenatentum ist legendär. Es gründet sich darauf, dass sich Menschen, die es hier zu etwas gebracht haben, ihrem Land verpflichtet fühlen. Wer den Eindruck gewinnen muss, dass Bremens Zukunft durch Ideologie und Klientelpolitik, durch Verantwortungs- und Mutlosigkeit aufs Spiel gesetzt wird, wird sich dieser Verantwortung irgendwann entziehen. Wer nicht die Chance bekommt, es zu etwas zu bringen, kann nichts zurückgeben.

Der Ernst der Lage zeigt sich zu guter Letzt im großen Schweigen. Das Wort Krise kommt im aktiven Wortschatz von Rot-Grün nicht vor. Doch um es saisonal auszudrücken: Im Gegensatz zu Schnee eigenen Probleme nicht dazu, sich in Luft aufzulösen, wenn man nur lange genug wartet. Sie wachsen eher. silke.hellwig@weser-kurier.de

Tagesspiegel

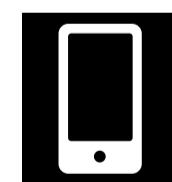
über Abschiebungen: „Jeder Flüchtling hat in Deutschland derzeit Anspruch auf ein Asylverfahren. Mit anderen Worten: Wer vor Krieg, Verfolgung und Folter flieht, wird ebenso behandelt wie der, der auf der Suche nach einem besseren Leben ist. Doch die Gleichbehandlung Ungleichere führt zur Benachteiligung der wirklich Schutzbedürftigen. Wer aller Voraussicht nach eher Migrant als politisch Verfolgter ist, sollte dies schneller erfahren und gar nicht erst in das langwierige Asylprüfungsverfahren aufgenommen werden. Frühe Klarheit schützt vor jener tiefen Enttäuschung, die mit später Abschiebung verbunden ist.“

Die Welt

über die Telekom-Hacker: „Das war ein kleiner Warnschuss an Deutschland. Es gibt keine Beweise, wer die Urheber waren. Es gibt nur gewisse zeitliche Zusammenhänge. Wenn Putin-Kritikerin Clinton im Wahlkampf vorne liegt, kommen Mails ihrer Mitarbeiter auf den Markt. Wenn Angela Merkel die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland verhindert, können Wochen später deutsche Wähler nicht telefonieren. Nächstes Mal bricht das Stromnetz zusammen. Die Botschaft ist stets dieselbe. Es ist jemand bei euch im Wohnzimmer.“

KORREKTUR

In der Kritik zur Uraufführung von Thomas Melles Stück „Ännie“ am Theater Bremen ist uns leider ein Fehler unterlaufen. Die Regisseurin der Inszenierung heißt Nina Matenklotz. In unserer Rezension hatten wir ihren Vornamen fälschlicherweise zu Caroline verändert. Wir bitten um Entschuldigung. WK



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Nationale Abschottung führt in die Sackgasse

Joachim Schuster
über den Protektionismus der Rechtspopulisten

Mit der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten setzt sich ein in Europa schon länger zu beobachtender Trend fort. Rechtspopulisten gelingt es, reale oder vermeintliche Verlierer der Globalisierung mit nationalistischen Versprechungen und fremdenfeindlichen Parolen für sich zu gewinnen. Der Handelspolitik kommt hier eine große Bedeutung zu. Alle Rechtspopulisten, so auch Trump, plädieren für eine protektionistische Abschottung. Der Rückzug auf das Nationale wird als Lösung für vorhandene soziale und ökonomische Probleme hingestellt. Doch damit lassen sich wirtschaftliche Krisen nicht überwinden,

der sich beschleunigende Klimawandel nicht stoppen oder die weltweit zunehmende Zahl von Armutsflüchtlingen nicht in den Griff bekommen. Was wir für diese Herausforderungen brauchen, ist eine neue Qualität internationaler Kooperation. Handelsabkommen können dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, wenn sie Handel als Instrument zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung nutzen. Die mögliche Steigerung von wirtschaftlichem Wohlstand gilt es mit einer gerechten sozialen Verteilung und einer Verringerung der weltweiten Armut zu verbinden. Zudem müssen die ökologische Effizienz gesteigert und der CO₂-Ausstoß strikt reduziert werden. Mit den Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz und den UN-Nachhaltigkeitszielen sind erste Meilensteine bereits gesetzt worden. TTIP und Ceta waren hingegen noch als klassische Freihandelsabkommen konzi-

piert. In deren Logik sind soziale und umweltpolitische Regulierungen Handelshemmnisse, die es abzubauen gilt. Zudem sollte ein Investitionsschutz vereinbart werden, der das Recht der Investoren auf Gewinne höher stellt als das Allgemeinwohl. Gewinner einer solchen Politik wären Konzerne. Verlierer wären Beschäftigte, breite Teile der Bevölkerung und die Umwelt. Zu Recht hat es hiergegen massive Proteste gegeben. TTIP ist inzwischen gescheitert, weil es in keinem der Verhandlungsbereiche Fortschritte gegeben hat. Die wirtschaftlichen Interessen der USA und der EU liegen zu weit auseinander. Bei Ceta ist es gelungen, mithilfe des öffentlichen Protestes wichtige Verbesserungen durchzusetzen. Allerdings sind die Passagen zum Investitionsschutz nach wie vor ungenügend. Ohne weitere Verbesserungen ist das Abkommen nicht zustim-

mungsfähig. Es gilt, der nationalistischen Abschottungspolitik der Rechtspopulisten eine offensive Handelspolitik entgegenzusetzen. Aber eine, die wirtschaftlichen Nutzen mit dem Setzen von Standards verbindet – gerade in den Bereichen Arbeit, Soziales, Umwelt und Daseinsvorsorge.



Unser Gastautor ist seit 2014 Bremer Abgeordneter des Europaparlaments. Dort ist er Mitglied der Ausschüsse für Internationalen Handel sowie für Beschäftigung und Soziales. Zuvor war der SPD-Politiker Abgeordneter in der Bürgerschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinistraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner - Bremen:
Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung:
Peter Voith - Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Dürken
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de
abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222
*Kostlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de